

An die

**Bezirksregierung Detmold**

Dezernat 34  
Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme  
Leopoldstr. 15

**32756 Detmold**

**Antrag**

auf Gewährung einer Zuwendung zur  
**Förderung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes im Rahmen des Aktionsplans Altenpflege 2010 zur Altenpflegefachkraft durch das Land Nordrhein-Westfalen**

**1.) Antragsteller/in** (Träger der praktischen Ausbildung):

Name/Bezeichnung:

**Vertretungsberechtigt:**

**Geschäftsführer:**

**Art des Trägers:**

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Privat                                  | <input type="checkbox"/> Kirche angeschlossen                   |
| <input type="checkbox"/> Wohlfahrtsverband angeschlossen         | <input type="checkbox"/> Kommune/kommunaler Träger              |
| <input type="checkbox"/> Gewerkschaft angeschlossen              | <input type="checkbox"/> Schule/Hochschule/Volkshochschule etc. |
| <input type="checkbox"/> Kammer/Wirtschaftsverband angeschlossen | <input type="checkbox"/> sonstiger Träger                       |
| <input type="checkbox"/> Kirche angeschlossen                    |   |

**Auskunft erteilt:**

**Name:**

Tel.(Durchwahl):

Telefax-Nr.:

E-Mail-Adresse:

**Anschrift:**  
(Straße/PLZ/Ort/Kreis)

**Bankverbindung:**

Bezeichnung des Kreditinstitutes:

Konto-Nr.:

Bankleitzahl:

Kontoinhaber/in / Zahlungsempfänger/in:

Ggf. AZ/Geschz./Buchungsstelle:

**Ausbildendes Fachseminar:**

Name/Bezeichnung:

**Vertretungsberechtigt (Name/Telefon):**

**Geschäftsführer:**

**Genauere Anschrift des Ortes der praktischen Ausbildung:**  
(falls Abweichend vom Sitz des Antragstellers)

## **2. Maßnahme**

2.1. Maßnahmebezeichnung:

**Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des Aktionsplans Altenpflege 2010 zur Altenpflegefachkraft nach dem Altenpflegegesetz (AltPflG) für Personen, die keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB-III/ SGB-II erhalten (Nichtleistungsempfänger)**

2.2. Durchführungszeitraum der Gesamtmaßnahme:

von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

## **3. Berechnung der Zuwendung**

3.1 Anzahl der Ausbildungsplätze x Festbetrag pro Ausbildungsplatz

\_\_\_\_\_ Ausbildungsplätze x 7.500 € = \_\_\_\_\_ €

3.2. Es handelt sich um eine Ausbildung in:

Vollzeit       Teilzeit

## **4. Gesamtausgaben der Maßnahme**

**Ausbildungsvergütung** \_\_\_\_\_ €

hiervon:

im Jahr 2010 \_\_\_\_\_ €

im Jahr 2011 \_\_\_\_\_ €

im Jahr 2012 \_\_\_\_\_ €

<b>5. Finanzierungsplan</b>					
	<b>Gesamt- betrag</b>	<b>Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) davon im</b>			
		<b>Jahr</b> _____	<b>Jahr</b> _____	<b>Jahr</b> _____	<b>Jahr</b> _____
<b>4.1. Gesamtkosten der Ausbildungsvergütung</b>					
<b>4.2. Eigenanteil</b>					
<b>4.3. Leistungen Dritter</b> (ohne öffentliche Förde- rung)					
<b>4.4 Beantragte /bewilligte öffentliche Förderung ohne die beantragte Zuwendung</b>					
Art der öffentlichen Förderung: _____					
<b>4.6 Beantragte Gesamtzuwendung</b> (s. Ziffer 3.1)					

## **5. Erklärungen**

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass

- 5.1 der Zuschuss für eine auszubildende Person beantragt wird, die keine Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB III oder SGB II erhält:
- 5.2  die Ausbildung beim Träger der praktischen Ausbildung noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides die Ausbildung noch nicht beginnen wird.
- die Ausbildung am \_\_\_\_\_ beginnen soll und dazu die Zustimmung der übrigen öffentlichen Finanzierungsträger vorliegt und er/sie mit beigefügter formloser Begründung die Zustimmung des förderunschädlichen vorzeitigen Beginns beantragt.
- Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss des Ausbildungsvertrags zu werten.
- 5.3 für die hier beantragte Zuwendung neben den im Finanzierungsplan ausgewiesenen öffentlichen Förderung keine anderweitigen öffentlichen Mittel beantragt wurden bzw. werden,
- 5.4 die Angaben in diesem Antrag einschließlich der Anlagen vollständig und richtig sind,

### **Hinweis auf § 264 StGB:**

**Ich erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass**

- sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen/Vordrucken gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in der Mittelanforderung/ Mitteilung über den Projektstand, die Angaben in dem Begleitbogen und in der Mitteleinsatzbestätigung, die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.
- die Regelungen des Zuwendungsbescheides und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.
- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
  - 1.) einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind,
  - 2.) einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende
  - 3.) den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
  - 4.) in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

**Datenschutzrechtliche Einverständniserklärung**

Die Förderung aus den EU-Strukturfonds ist gemäß Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d der VO (EG) Nr. 1828/2006 daran gebunden, dass Sie sich mit der Aufnahme in ein Verzeichnis der Begünstigten, der Bezeichnung der Vorhaben und des Betrags der für die Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Beteiligungen einverstanden erklären.

Das Verzeichnis der Begünstigten wird jährlich im Rahmen der Web-Präsentation des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (<http://www.arbeitsmarkt.nrw.de>) veröffentlicht.

Hiermit erkläre ich mich für den Fall einer Förderung aus Mitteln der ESF-Förderperiode 2007 – 2013 damit einverstanden, dass der Name meines Unternehmens bzw. meiner Institution als Zuwendungsempfänger, die Bezeichnung meines Vorhabens sowie der Betrag der für mein Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Mittel veröffentlicht wird wie oben beschrieben.

Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung verweigern, bzw. zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen kann, dass dann aber eine Förderung nicht erfolgt bzw. bereits geflossene Mittel zurückgefordert werden.

**6. Anlagen**

- Kopie des Bildungsgutscheins der SGB III/ SGB-II Trägers
- **Erklärung zur** Zusätzlichkeit -Aktionsplan Altenpflege 2010“

**Bei privaten Unternehmen:** Handelsregistereintragung,

**Bei nicht eingetragenen Unternehmen:** Gesellschaftsvertrag

**Bei Vereinen:** Auszug aus dem Vereinsregister, Satzung

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift